

### Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

#### Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Christian Meyer, Helge Limburg (Grüne), eingegangen am 15.09.2009

#### **FDP kritisiert eigene Landesregierung für Defizite beim Verbraucherschutz. Ist Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern im Verbraucherschutz „zu schläfrig“?**

Bei einem Redaktionsbesuch der Ostfriesenzeitung in Leer am 24.8.2009 forderte der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Michael Goldmann zusammen mit dem Vorsitzenden des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes Gerd Billen mehr Geld für den Verbraucherschutz in Niedersachsen.

Goldmann, der in der FDP Bundestagsfraktion für das Thema Verbraucherschutz zuständig ist, kritisierte besonders seine Parteiliebe der schwarz-gelben niedersächsischen Landesregierung. Es reiche nicht, wenn der Verbraucherschutz beim Sparen schonend behandelt werde. „Es muss aufgestockt werden.“ Konkret forderte Goldmann eine Verbraucherberatungsstelle in der Stadt Leer.

Verbraucherzentralen-Bundeschef Billen kritisiert, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern „zu schläfrig“ ist und hebt hervor, dass die Nachfrage nach verlässlichen Ansprechpartnern aus unabhängigen Verbraucherzentralen- und verbänden gestiegen ist und dass insbesondere Familien und Senioren auf die Beratung angewiesen sind.

Besonders hinsichtlich der neuen Täuschungen der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Analogkäse, länger haltbare Milch, die als Frischmilch gekennzeichnet ist, Fällen von Datenmissbrauch und unseriöser Finanzberatung besteht dringender Bedarf zum Ausbau der Verbraucherzentralen, so die Kritik des Bundesvorsitzenden. Unabhängige Verbraucherzentralen und -verbände sind unverzichtbar für die Verbraucherinformation und Interessenvertretung. Doch sie stehen unter hohem finanziellen Druck und das Ziel eines flächendeckenden Ausbaus mit Beratungsstellen und Fachpersonal entsprechend der Nachfrage ist in Niedersachsen seit fünfzig Jahren immer noch nicht erreicht worden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte die Landeszuschüsse für die Verbraucherzentralen von 1,6 Millionen (2002) auf 1 Million Euro (2007) um mehr als 37 % gekürzt. Die Zahl der Beratungsstellen wurde von 28 (2002) auf heute 20 Beratungsstellen drastisch verringert. Die von FDP-Politiker Goldmann kritisierten Kürzungen und der Abbau der Beratung im ländlichen Raum sind also von seiner eigenen Landesregierung verursacht.

Eine kürzlich (25.8.09) in Berlin vorgestellte Studie von Infratest Dimap zur Bedeutung des Verbraucherschutzes für die Wahlentscheidung zur Bundestagswahl ergab, dass 83% der Wahlberechtigten mit dem Verbraucherschutz unzufrieden sind und sich Verbesserungen wünschen. Nur 14 % sehen die CDU/CSU und nur 4% die FDP als verbraucherpolitisch kompetent. Die höchste Kompetenz wurde in der Umfrage mit 28 % BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugeschrieben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die zitierten Äußerungen des FDP-Politikers Goldmann für mehr Geld für den Verbraucherschutz in Niedersachsen? Ist das populistisches Wahlkampfgetöse oder hat es einen realen Gehalt?
2. Der Bundesvorsitzende der Verbraucherzentralen kritisierte, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern „zu schläfrig“ ist. Wie rechtfertigt die Landesregierung sich gegen diese Kritik und wie sieht sie den Vergleich mit anderen Bundesländern?
3. Sieht die Landesregierung angesichts der Bankenkrise, Datenmissbrauch, zunehmenden Imitatprodukten sowie Internet- und Telefonwerbung einen gestiegenen Beratungs- und Arbeitsbedarf der Verbraucherzentralen? Wenn ja, wie will sie diesen bewältigen?
4. Wie hoch sind die finanziellen Zuwendungen der Landesregierung für die unabhängige Verbraucherberatung pro Einwohner im Vergleich zu anderen Bundesländern?

5. Welchen Platz belegt Niedersachsen in einem solchen Ranking?
6. Was plant die Landesregierung, um den Verbraucherschutz in Niedersachsen zu verbessern auch vor dem Hintergrund der hohen Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Themenfeld?
7. Plant die Landesregierung durch ihre Förderung die Zahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen in Niedersachsen zu erhöhen?
8. Unterstützt die Landesregierung die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle in Leer, wie von Herrn Goldmann gefordert?
9. Unterstützt die Landesregierung die Forderungen der Bundesregierung nach besseren Kennzeichnungspflichten für Lebensmittelimitate und ESL-Milch?
10. Welche verbraucherschutzpolitischen Aktivitäten hat die Landesregierung im Bundesrat in dieser Legislaturperiode unternommen?
11. Welche Position hat die Landesregierung im Bundesrat zur Neuregelung unerlaubter Werbeanrufe eingenommen, zu dem seit dem 24. Juni 2008 ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/263) vorliegt?
12. Sieht die schwarz-gelbe Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der Ausstattung des Verbraucherschutzes und der zitierten repräsentativen Kompetenzzuschreibungen der sie tragenden Parteien?

Christian Meyer

Helge Limburg